



2025 – Böller, Krawalle, Taser und Beförderungen

Herzlich willkommen im neuen Jahr – lassen Sie uns hoffen, dass es ein gutes Jahr wird. Während die Neujahrsgrüße bereits schon etwas verblasst sind, wirken die Eindrücke des Jahreswechsels noch nach. Gleichzeitig scheinen manche Politiker bereits vergessen zu haben, was sie im vergangenen Jahr oder zum Jahreswechsel noch wortreich gefordert haben. Schon vor Silvester haben wir klare Forderungen gestellt: Täter, die für sogenannte silvestertypische Straftaten oder Krawalle verantwortlich sind, müssen in Schnellverfahren verurteilt werden und den nächsten Jahreswechsel im „Knast“ verbringen. Wir haben die Einrichtung von Böllerverbotzonen begrüßt und eine offene Diskussion über die Streichung von Ausnahmeregelungen in der Sprengstoffverordnung gefordert – nicht wegen der Krawallmacher.

Viele von uns hat der Vorfall von Tauberbischofsheim/Grünsfeld am Silvesterabend betroffen gemacht – der zwölfte Schusswaffengebrauch des Jahres 2024. Für manche höchsten Führungskräfte war dies kaum eine Reaktion wert. Wie so oft haben sich die operativen Profis von LKA und PP Heilbronn um die Sachlage gekümmert, während sich andere wenig dafür interessiert oder es schlicht nicht verstanden haben. Die DPoG hat noch in der Silvesternacht über die Führung Unterstützung und Betreuung zugesagt und unsere Mandatsträger, voran der Bezirksvorsitzende Heilbronn, Jörg Reutter, waren am Neujahrstag vor Ort und haben sich besonders um die unmittelbar betroffenen Einsatzkräfte gekümmert. Der Zusammenhalt und die gegenseitige Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen waren spitze und verdienen größten Respekt und Dank.

Mit dem Jahreswechsel traten die im Landeshaushalt beschlossenen „Verbesserungen“ in Kraft. Auch wenn sie ein Schritt in die richtige Richtung sind, lassen wir keinen Zweifel daran – ausreichend sind sie nicht. Wir fordern weiterhin mehr Beförderungen, insbesondere nach A 11, mit klaren Perspektiven bis in das Endamt. Dennoch freuen wir uns über die Erfolge,

INHALT

- 2 Landestarifkonferenz
- 3 Landesseniorenkonferenz
- 4 Daran arbeiten wir
- 6 Jahreshauptversammlungen 2024

die wir gemeinsam mit den politischen Verantwortlichen, insbesondere mit dem CDU-Fraktionsvorsitzenden Manuel Hagel, erzielen konnten. Während andere Ministerien – mit Ausnahme des

Kulturministeriums – leer ausgingen, bekommt die Polizei in den nächsten zwei Jahren 650 zusätzliche Stellen, aufgeteilt in

- 65 Stellen nach A 13,
- 98 Stellen nach A 12,
- 162 Stellen nach A 11.

Die übrigen 325 Stellen kommen im Eingangsamt A 10 und auch denjenigen zugute, die durch den Qualifikationsaufstieg vom mittleren in den gehobenen Dienst aufsteigen. Daraus können durch Nachzugsbeförderungen – zusätzlich zu den regulär frei werdenden Beförderungsmöglichkeiten – insgesamt 163 Beförderungen nach A12 und 325 Beförderungen nach A11 ausgesprochen werden. Eine genaue Verteilung dieser Stellen auf Dienststellen lag bis Redaktionsschluss noch nicht vor. Entscheidend ist, dass wir weitere Maßnahmen über Wahlprogramme in die Koalitionsverträge bekommen. Daran arbeiten wir bereits.

Am 10. Januar 2025 konnten wir den Medien entnehmen, dass das Innenministerium die Einführung des Tasers im Streifendienst abgelehnt hat. Die Begründung: zu teuer, zu hoher Trainingsaufwand und ein potenzielles tödliches Risiko beim Einsatz. Für das Innenministerium ist das eine reine Kosten-Nutzen-Rechnung. Für die Kolleginnen und Kollegen, die von der Schusswaffe Gebrauch machen (müssen), kann es jedoch ihr Leben verändern. Dass die Patronen der Dienstwaffen tödlich sind, müsste man offenbar erst den „Operativ-Profis“ im Ministerium erklären, die solche Einsätze anschließend oft wie Waldorf und Statler aus der Sesamstraße kommentieren. Wo es einen Unterschied im Trainingsaufwand für den Taser-Einsatz zwischen Rheinland-Pfalz, wo der Taser bereits 2018 erfolgreich eingeführt wurde, und Baden-Württemberg geben soll, können wir nicht erklären – außer man sucht die Erklärung in der Politik. Der erste Schusswaffengebrauch des Jahres 2025 ereignete sich bei uns übrigens bereits in der ersten Woche, der zweite Vorfall in der dritten Januarwoche.

Das Jahr 2025 wird zweifellos ebenso spannend und herausfordernd wie das vergangene Jahr. Die DPoG-Mandatsträger werden weiterhin klare Positionen vertreten und konsequent für die Interessen der Mitglieder eintreten. Und zwar genauso deutlich und klar wie bisher. Das ist nicht nur ein Unterscheidungsmerkmal – es wird gerade dann, wenn andere schweigen, umso wichtiger.

Ihr Ralf Kusterer



Landestarifkonferenz bestätigt Führungsmannschaft

Am 4. und 5. Dezember 2024 fand die Landestarifkonferenz in Baiersbronn statt – eine Veranstaltung, die erneut Maßstäbe setzte. Wer den professionell ausgestatteten Tagungsraum betrat, spürte sofort die Bedeutung dieser Konferenz. Aus allen Teilen des Landes kamen Bezirkstarifbeauftragte, ihre Stellvertreter sowie gewählte Kreis- und Ortstarifbeauftragte zusammen.

In der zweitägigen Veranstaltung wurden nicht nur der Landestarifvorstand gewählt, sondern auch die zentralen Themen für die kommenden Jahre definiert. Die Tagung wurde durch den Landestarifbeauftragten Edmund Schuler eröffnet. Zuvor hatten seine Stellvertreter Heike Strausberger und Antonio Pellegrino, unterstützt von Michaela Burkhart und Sabine Schmid, die Mandatsprüfungen vorgenommen. Die Delegierten übertrugen Heike Strausberger die Leitung der Tagung, während Michaela Burkhart die Protokollführung übernahm.

Geschäftsbericht und Wahlen

In seinem umfassenden Geschäftsbericht blickte Edmund Schuler auf die vergangenen Jahre zurück. Unterstützt von einer professionellen grafischen Aufbereitung durch Wolfgang Kleebaum, fasste er die Erfolge und Herausforderungen zusammen. Die Delegierten honorierten die Arbeit mit einer einstimmigen Entlastung. Unter der Leitung von Dirk Preis, Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands, erfolgten anschließend die Wahlen. Mit großer Mehrheit, teils einstimmig, wurden die bisherigen Amtsinhaber für die kommende Amtszeit bis 2029 bestätigt.

Am zweiten Veranstaltungstag überbrachte der DPoIG-Landesvorsitzende Ralf Kusterer die Glückwünsche der Landesleitung und des geschäftsführenden Landesvorstandes. In seiner Ansprache hob er die Bedeutung des Engagements von Edmund Schuler als Mitglied der Verhandlungskommission hervor, das zu einem beachtenswerten Tarifiergebnis beigetragen habe. Mit großer Anerkennung dankte er den Mitgliedern der DPoIG-Landestarifvertretung und ihren Gremien für ihren unermüdlichen Einsatz. Nach einem Impulsvortrag stand Kusterer den Delegierten für Fragen zur Verfügung.

Starke Vertretung für die Zukunft

Zum Abschluss bedankte sich Edmund Schuler bei allen Teilnehmenden, dem Organisationsteam und allen Helferinnen für die harmonische und professionelle Durchführung der Tagung. Er versprach, den Einsatz für gerechte Bezahlung und die Belange der Tarifbeschäftigten mit dem bewährten Team fortzusetzen. Die Tarifbeschäftigten der DPoIG wissen, dass sie auch in Zukunft auf eine starke Landestarifvertretung zählen können – eine Vertretung, die weiß, wo der „Schuh drückt“, die Sorgen und Herausforderungen ihrer Mitglieder kennt und dafür kämpft, dass gerechte Lösungen gefunden werden. Der Einsatz geht weiter!

Die Landestarifkonferenz ist das höchste Gremium der Landestarifvertretung der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG). Seit Jahrzehnten steht sie für demokratische Selbstbestimmung: Tarifbeschäftigte wählen ihre Mandatsträger, formulieren ihre Forderungen und setzen sie eigenständig durch.



Blumen für Sabine Schmid und Michaela Burkhart



Marien folgt auf Wittmeier

Landesseniorenkonferenz

Am 5. und 6. Dezember 2024 fand im Tagungshotel Sommerberg in Baiersbronn-Obertal die DPoIG-Landesseniorenkonferenz statt, die alle vier bis fünf Jahre abgehalten wird. Nahezu alle gewählten Seniorenbeauftragten der Kreis- und Bezirksverbände waren anwesend, um die Interessen der DPoIG-Mitglieder im Ruhestand zu vertreten.

Verabschiedung von Berndt Wittmeier

Mit einem ausführlichen Geschäftsbericht verabschiedete sich Berndt Wittmeier, der Gründungsvater der DPoIG-Landesseniorenvertretung, aus seiner gewerkschaftlichen Arbeit. Bereits zuvor zum Ehrenmitglied des Landesverbandes ernannt, hatte er trotz seines ehrenamtlichen Ruhestands fast ein weiteres Jahrzehnt dem Aufbau der Seniorenvertretung gewidmet. Mit Stolz blickte er auf diesen erfolgreichen Aufbau zurück und übergab eine intakte Organisation mit landesweiten Ansprechpartnern. Seine Mitstreiter bleiben weiterhin aktiv, um das gemeinsam Erreichte fortzuführen.

Die Wahlen unter der Leitung von Dirk Preis, Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands, brachten einstimmige Ergebnisse:

- Thilo Marien, bisher Bezirkssenorenbeauftragter in Ludwigsburg, wurde zum neuen Landesseniorenbeauftragten gewählt.
- Willi Fader (Rottweil) übernimmt als Nachfolger des scheidenden Wolfgang Krämer.
- Klaus Kunzmann (Karlsruhe) und Dieter Knolmar (Heidenheim) wurden in ihren Ämtern bestätigt.
- Jürgen Vogler (Villingen Schwenningen) wurde neu als stellvertretender Landesseniorenbeauftragter gewählt.

Anerkennung für Pionierarbeit

Der DPoIG-Landesvorsitzende Ralf Kusterer bedankte sich bei den scheidenden Mandatsträgern Berndt Wittmeier und Wolfgang Krämer für ihre herausragende Pionierarbeit und überreichte ihnen jeweils einen Hotelgutschein als Zeichen der Anerkennung. Ein besonderer Dank galt Karl Schüle vom Seniorenverband ö. D., der seit



Dirk Preis, Thilo Marien, Jürgen Vogler, Willi Fader, Dieter Knolmar; es fehlt Klaus Kunzmann (von links).

Jahren die DPoIG-Schulungen als Referent begleitet und bei Sachfragen unterstützt. Für seine Verdienste wurde ihm die Ehrenmedaille der DPoIG verliehen.

Am zweiten Konferenztag stand ein Vortrag von Karl Schüle im Mittelpunkt. Er informierte ausführlich über die aktuellen Konditionen verschiedener Pflegekonstellationen und deren finanzielle Auswirkungen im Zusammenspiel mit Pensionszahlungen, Beihilfe- und PKV-Leistungen – ein Thema, das in der Seniorenarbeit zunehmend an Bedeutung gewinnt.

Zum Abschluss der Tagung bedankte sich der neue Landesseniorenbeauftragte Thilo Marien für das Vertrauen und die engagierte Zusammenarbeit der Seniorenvertretung. Den scheidenden Mandatsträgern sprach er nochmals seine Anerkennung für ihre ehrenamtliche Pionierarbeit aus, die in der heutigen Zeit nicht mehr selbstverständlich sei.



Der „Neue“ und der „Alte“: Thilo Marien (links) und Berndt Wittmeier



Ralf Kusterer, Karl Schüle (von links)

Während bis zur nächsten Landesseniorenkonferenz fünf Jahre vergehen werden, ist bereits für das zweite Halbjahr 2025 eine Sitzung des Landesseniorenenausschusses geplant. Die beliebten Topseminare zur Vorbereitung auf den Ruhestand starten bereits im Februar 2025.





Daran arbeiten wir

Nicht alle Themen, denen wir uns aktuell zuwenden, erhalten in der Öffentlichkeit die Aufmerksamkeit, die sie eigentlich benötigen. Deshalb greifen wir in dieser Rubrik einzelne Themen heraus, an denen wir (auch) aktuell arbeiten.

Oberschenkelholster – wer es will und braucht, soll es bekommen

Immer wieder erreichen uns Anfragen zum Oberschenkel- oder Beinholster. Während früher häufig der Eindruck entstand, dass die Wahl des Holsters weniger von der praktischen Handhabung der Waffe abhing, hat sich dieser Fokus inzwischen deutlich verschoben. Heutzutage wird das Oberschenkelholster meist deshalb nachgefragt, weil die Kolleginnen und Kollegen nach Möglichkeiten suchen, die Belastung durch die Vielzahl an Ausrüstungsgegenständen am Gürtel zu reduzieren. Experten sind sich in diesem Punkt einig: Ein Oberschenkelholster bietet eine spürbare Entlastung im Vergleich zum herkömmlichen Holster. In diesem Zusammenhang werden auch häufig Fragen zu Hüftentlastungsgurten gestellt – und zwar nicht erst, wenn Schmerzen auftreten und diese durch ärztliche Atteste nachgewiesen werden müssen.

Die DA Schusswaffen* führt dazu aus, dass die persönlich zugeteilte Pistole und das Reservemagazin in einem dienstlich zugelassenen Holstersystem oder einer anderen dienstlich zugelassenen Tragevorrichtung am Körper zu tragen sind. Ausnahmen von dieser körpernahen Trageweise sind nur zulässig, wenn der Einsatzzweck dies zwingend erfordert. Bereits 2019 hat das Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei eine Prozessbeschreibung für

Samira Moccia, Bezirksfrauenbeauftragte Pforzheim



gesundheitliche Probleme im Zusammenhang mit dem Tragen dienstlicher Holstersysteme veröffentlicht. Diese sieht die Einbindung des polizeiärztlichen Dienstes vor und leitet ein langwieriges Verfahren ein, das häufig Monate dauert, bis eine Entscheidung getroffen wird.

All das ist wieder ein (negatives) Musterbeispiel für einen bürokratischen Ablauf, dessen Arbeitsaufwand die Kosten für ein Oberschenkelholster bei Weitem übersteigt. Die Forderung der DPoIG ist deshalb eindeutig: Wer ein Oberschenkelholster benötigt und damit gut zurechtkommt, sollte es auch erhalten. Dies gilt selbstverständlich sowohl für Männer als auch für Frauen.

* Dienstanweisung zur Zuteilung, Überlassung, zum Besitz, zum Führen und zur Aufbewahrung von Schusswaffen und Munition im Bereich der Polizei vom Dezember 2023, hier: Ziffer 3.2. Februar

Personalnot – Entlastung durch Nichtvollzug

Die Personalnot in der Polizei ist eines der zentralen Themen in nahezu jeder Sitzung der Personalvertretungsgremien und Personalversammlungen. Besonders im Polizeivollzugsdienst zeigt sich das Problem als äußerst vielschichtig: unbesetzte Ausbildungsstellen, weniger Absolventen von Ausbildung und Studium, eine hohe Zahl an Frühpensionierungen, verstärkte Entlassungen auf eigenen Antrag – selbst von Beamten auf Lebenszeit – sowie eine seit 2016 um das 1,6-Fache gestiegene Teilzeitquote (bei Beamten fast verdoppelt). Hinzu kommen Abordnungen, Umsetzungen und eine steigende Krankheitsquote.

Obwohl die Anzahl der Beschäftigten höher liegt als das sogenannte Haushaltssoll, fehlen immer mehr Beamtinnen und Beamte im Vollzugsdienst.

Birgitt Schmitt, Bezirks-tarifbeauftragte Kurpfalz



Angesichts der langen Ausbildungszeiten und der Herausforderungen bei der Besetzung von Stellen wird schnell deutlich, dass kurzfristig nur Tarifbeschäftigte und Verwaltungsbeamte verfügbar sein könnten. Vorausgesetzt, man bietet gute Rahmenbedingungen und eine angemessene Bezahlung. Dann könnten in der Tat (nur) Tarifbeschäftigte und Verwaltungsbeamte in der Personalnot helfen.

Wohnungsfürsorge für Polizeibeschäftigte

Bezahlbarer Wohnraum wird zunehmend zu einer Herausforderung – insbesondere für Berufseinsteiger und Tarifbeschäftigte, die über begrenzte finanzielle Mittel verfügen. Auch Beamte im mittleren und gehobenen Dienst sehen sich immer häufiger mit der Schwierigkeit konfrontiert, eine bezahlbare Wohnung zu finden, besonders in Ballungsgebieten und Regionen mit hohen Mietpreisen. Die Situation verschärft sich weiter, wenn Beschäftigte nach einer Wiedereinstellung oder Versetzung kurzfristig umziehen müssen, weil der bisherige Wohnort zu weit entfernt ist.

Der Traum von einer arbeitsplatznahen Wohnung wird für viele immer mehr zur Illusion – erst recht, wenn es um das Wohnen im Ruhestand geht. Steigende Mieten zwingen zahlreiche Beschäftigte zum Umzug, da die Kosten am bisherigen Wohnort nicht mehr tragbar sind.

Die DPoIG hat das Thema mehrfach aufgegriffen und unter anderem eine Ballungsraumzulage gefordert. In Bayern wird dieses Problem durch einen besonderen Teil des Ortszuschlags (vor allem in München) entschärft, der sich am Mietpreisspiegel orientiert. Allerdings lässt sich das nicht 1:1 auf Baden-Württemberg übertragen.

Mit dem geplanten Neubau des LKA war einst die Idee verbunden, Wohnungen für Landesbeschäftigte auf dem Gelände zu schaffen. Doch bisher hat sich daran nichts geändert. Stattdessen stehen landeseigene Wohnungen leer: Eine Stichprobe ergab, dass etwa 20 Prozent der Wohnungen – vor allem in Stuttgart – nicht vermietet sind.

Claudia Stark, Präsidialverband Landeskriminalamt



Von insgesamt 311 landeseigenen Wohnungen, die auf verschiedene Gebäude verteilt sind – darunter Mehrfamilienhäuser und einzelne, teilweise zweckgebundene Wohnungen in Dienstgebäuden – stehen 35 bereits seit über vier Jahren leer. Weitere 14 Wohnungen sind seit mehr als zwei Jahren ungenutzt, 11 seit über einem Jahr und eine Wohnung seit mehr als einem halben Jahr. Auch in anderen Großstädten gibt es ähnlichen Leerstand.

Die DPoIG fordert deshalb, dass landeseigene Wohnungen bevorzugt an Beschäftigte im öffentlichen Dienst vergeben werden. Geringe Einkommen und besondere berufliche Belastungen müssen hierbei berücksichtigt werden. Wirtschaftsbetriebe machen es längst vor: Sie unterstützen ihre Mitarbeitenden aktiv bei der Wohnungssuche oder stellen selbst Wohnungen bereit, um Fachkräfte zu gewinnen.

Es wäre sinnvoll, Haushaltsgelder gezielt für die Sanierung und den Neubau von Wohnungen bereitzustellen, die speziell Beschäftigten im öffentlichen Dienst – insbesondere der Polizei – zu attraktiven Mietkonditionen angeboten werden, die unterhalb des ortsüblichen Mietniveaus liegen.

Daniela Baier, Kreisverband Ravensburg



Wellpass, Hansefit & Co.

Seit Jahrzehnten wissen Wirtschaftsunternehmen, dass ein effektives betriebliches Gesundheitsmanagement enorme Kosten einsparen kann. Investitionen in die Gesundheit und Gesunderhaltung der Mitarbeitenden zahlen sich wirtschaftlich aus. Um die vielfältigen Bedürfnisse und Vorlieben der Beschäftigten abzudecken, übernehmen Unternehmen wie Daimler schon lange die Kosten oder gewähren Zuschüsse für private Fitness- und Wellnessanbieter. Anders sieht es bei der Polizei in Baden-Württemberg aus: Wie bei allen anderen Behörden stehen hierfür keine Finanzmittel zur Verfügung, und eine Unterstützung wird bislang nicht angeboten.

Wohlbefinden als Corporate Benefit – so bezeichnen die Anbieter von Firmenfitness ihre Angebote und überzeugen mit großer Vielfalt. Ob Premiumfitness- und -yogastudios, Schwimmbäder, Kletterhallen, Meditationen oder Ernährungscoachings – sie bieten Mitarbeitenden genau die Leistungen, die zu ihrem Alltag und ihren Vorlieben passen.

Wenn man sich näher damit befasst, spürt man allerdings gleich, dass Anbieter kaum Interesse an einer Zusammenarbeit mit der Polizei haben. Der Grund: Polizeibeschäftigte nutzen sportliche Angebote häufig und intensiv. Dadurch entstehen für die Anbieter höhere Kosten, die oft nicht gedeckt werden können. Eine wirtschaftliche Kooperation lohnt sich für die Anbieter nur, wenn sich Viel- und Wenignutzer in einer größeren Gruppe ausgleichen.

Wer jedoch ehrlich die eigenen Personalkosten für interne Angebote sowie die Nutzung von Liegenschaften und andere Rahmenbedingungen berücksichtigt, wird schnell erkennen, dass eine Kooperation mit Firmenfitnessanbietern auch für die Polizei ein Benefit sein könnte.

Die DPoIG fordert daher die finanzielle Unterstützung oder Bezuschussung von Programmen wie Wellpass und Hansefit. Die Gesundheit der Beschäftigten – einschließlich Tarifbeschäftigter und Verwaltungsbeamter – sollte diese Investition wert sein.

Antonio Pellegrino, stellvertretender Landestarifbeauftragter



Arbeitskleidung für Tarifbeschäftigte

Was für Polizeibeamte gilt, muss auch für Tarifbeschäftigte gelten: moderne, funktionale Schutz- und Arbeitskleidung. Doch die Praxis in den Polizeipräsidien, Dienststellen und Einrichtungen zeigt erhebliche Unterschiede. Beschwerden und Klagen von Kolleginnen und Kollegen verdeutlichen, dass hier in vielen Fällen dringender Handlungsbedarf besteht. Der Verweis darauf, selbst beschaffte Arbeitskleidung steuerlich absetzen zu können, wirkt dabei wie Hohn – vor allem für Beschäftigte mit niedrigem Einkommen.

Ein konkretes Beispiel zeigt die Problematik: Hausmeister und technische Mitarbeiter erhalten nur geringe Zuschüsse für Arbeitskleidung – etwa 83 Euro für Sicherheitsschuhe oder 28 Euro für eine Arbeitshose. Zusätzlich werden ihnen zwei T-Shirts und zwei Langarm-Shirts gestellt. Doch was passiert, wenn Arbeitsvorgänge Schmutz verursachen? Was ist mit einer Wechselhose? Sicherheitsschuhe, die den erforderlichen Standards entsprechen, kosten häufig über 150 Euro – deutlich mehr, als der Zuschuss abdeckt. Nur bei Sammelbestellungen ab zehn Paaren sind bei einzelnen Firmen günstigere Preise realisierbar. Dabei ist die Vorgabe der Berufsgenossenschaft klar: Sicherheitsschuhe gehören zur Persönlichen Schutzausrüstung (PSA) und müssen vom Arbeitgeber bereitgestellt werden.

Für die DPoIG ist klar: „Wir erwarten, dass Hausmeister und Handwerker kostenlos mit moderner, funktionaler Arbeitskleidung ausgestattet werden. Dazu gehören Arbeitsschuhe, Hosen, Jacken und Regenjacken – alles in ausreichender Menge, mindestens zwei- bis dreifach zum Wechseln. Die Kleidung darf gerne im Corporate Design gestaltet sein, um den Arbeitgeber erkennbar zu machen. Vielleicht ließe sich hierfür ein Teil des Werbeetats von „the Länd“ nutzen – etwa für die „Handwerker und Hausmeister in the Länd“.

Jahreshauptversammlungen im „alten Jahr“

Zum Jahresausklang 2024 fanden zahlreiche Jahreshauptversammlungen der Kreis- und Ortsverbände statt, die von einstimmigen Entscheidungen bei Wahlen, Entlastungen und Rechnungsabschlüssen geprägt waren. Zentrales Thema waren die starken Mitgliedszugänge, die damit dem Landestrend folgen. Landesvorsitzender Ralf Kusterer dankte den Mandatsträgern für ihr ehrenamtliches Engagement

und hob die wichtige Basisarbeit hervor, die Vertrauen und Mitgliederzuwachs ermöglicht. Besonders würdigte er die „Kümmerer vor Ort“ als Bindeglieder zwischen Mitgliedern und Landesverband, die persönliche Betreuung und schnelle Rechtsschutzunterstützung sicherstellen. Dieses Zusammenspiel sei ein Grundpfeiler des Erfolgs der DPoIG als echte Basisvertretung.

Kreisverband PP Einsatz Freiburg

Am 11. November 2024 versammelten sich die Mitglieder eines der jüngsten Kreisverbände des Landesverbandes im Kantinegebäude des Polizeipräsidiums Einsatz in Umkirch zu ihrer Jahreshauptversammlung. Der 2018 gegründete Kreisverband, der mittlerweile fast sieben Jahre aktiv ist, organisiert heute die Mehrheit der Beschäftigten des Außenstandortes im PP Einsatz. Jürgen Engel vertrat den



Der Vorstand mit Gästen

Landesverband und informierte gemeinsam mit dem Bezirksvorsitzenden Rolf Schindwein umfassend über aktuelle Entwicklungen.

Kreisvorsitzender	Markus Baumgärtner
stellv. Kreisvorsitzender	Igor Maier
Geschäftsführer	Kevin Jenne, Bernd Sum
Schatzmeister	Klaus Ell
Kassenprüfer	Nikos Tirpitz
Frauenvertreterin	Ramona Holzhauer
Tarifbeauftragte	Cornelia Tiberio
Seniorenbeauftragter	Nikos Tirpitz
Vertreter JUNGE POLIZEI	Michael Köpfer, Steffen Emmert
Beisitzerin JUNGE POLIZEI	Coralie Huft, Doreen Bannasch

Kreisverband PP Einsatz Bruchsal

In der Kantine beim PP Einsatz in Bruchsal fand am 12. November 2024 die Jahreshauptversammlung des Kreisverbandes Bruchsal statt. Der stellvertretende Landesvorsitzende und zugleich Vorsitzende des örtlichen Personalrats beim PP Einsatz, Jürgen Engel, informierte die zahlreich erschienenen Mitglieder über aktuelle Entwicklungen.

Kreisvorsitzender	Rolf Schindwein
stellv. KV-Vorsitzender	Volker Karl
Kreisgeschäftsführer	Florian Spatz
stellv. Kreisgeschäftsführer	Philipp Hund
Kreisschatzmeister	Graziano Giannelli
stellv. Kreisschatzmeister	Nicolai Wunsch
Kassenprüfer	Jürgen Ritz, Ingo Tecquert



Geehrte Mitglieder für 25- und 40-jährige Mitgliedschaft

Vertreterin JUNGE POLIZEI	Marina Petrovic
Kreistarifbeauftragte	Annette Heneka
Kreisfrauenbeauftragte	Patricia Jörg
Einsatzangelegenheiten	Nico Morano
Polizeischulangelegenheiten	Oliver Spath

Kreisverband Lörrach



Geehrte Mitglieder mit Andreas Tanner (links) und Sebastian Feucht (rechts)

Die diesjährige Jahreshauptversammlung fand am 14. November 2024 im traditionsreichen Kanonenkeller des Polizeireviers Lörrach statt. Kreisvorsitzender Sebastian Feucht begrüßte als Gäste den Landesseniorenbeauftragten Berndt Wittmeier, den Freiburger Bezirksvorsitzenden Andreas Tanner, den Waldshut-Tiengener Kreis-

vorsitzenden Stephan Frei und den ÖPR-Vorsitzenden Matthias Lüber, die alle mit ihren Beiträgen wesentlich zum Erfolg der Veranstaltung beitrugen.

Kreisvorsitzender	Sebastian Feucht
stellv. KV-Vorsitzender	Julian Pels
Kreisgeschäftsführer	Nico Martorana
Kreisschatzmeisterin	Henrike Sophie Korff
Kassenprüfer	Stefan Hirschberger, Achim Hottinger
Vertreterin JUNGE POLIZEI	Allegra Batzel
Kreistarifbeauftragte	Christina Schneider
stellv. Kreistarifbeauftragter	Peter Grunert
Seniorenbeauftragter	Peter Faller

Kreisverband Hohenlohe (Künzelsau)

Am 15. November 2024 hieß es Abschied nehmen beim Kreisverband Hohenlohe in der Gaststätte „Günzburg“ in Kupferzell-Eschentäl. Der langjährige Kreisvorsitzende Werner Messerschmidt, der kurz vor dem Ruhestand steht, übergab sein Amt

© DPoIG (8)



Der neue Vorstand des KV Hohenlohe

planmäßig. Wie zu erwarten war, hatte er die Nachfolge bereits bestens vorbereitet, sodass die Wahlen reibungslos verliefen. Jörg Reutter, Bezirksvorsitzender Heilbronn, vertrat den Landesverband, informierte über aktuelle Themen und sprach Werner Messerschmidt im Namen des Landesverbandes Dank und Anerkennung für dessen langjährige Verdienste aus.

Kreisvorsitzender	Stefan Buchholz
Kreisgeschäftsführer	Timo Röber
Kreisschatzmeister	Karl Jaag
Kassenprüferin	Isabell Dambach, Alice Geiger
Vertreter JUNGE POLIZEI	Fabian Filser
Seniorenbeauftragter	Werner Messerschmidt

Ortsverband Ehingen

Was für eine Tagungsadresse: das Bierkulturhotel, Gasthaus Schwanen, in der Bierkulturstadt Ehingen (Donau). Am 20. November 2024 lud der Ortsverband Ehingen hier zur Jahreshauptversammlung – und der Raum war bis auf den letzten Platz gefüllt. Da keine Wahlen anstanden, ging es flott durch die Regularien, bevor Ortsvorsitzender Hansjürgen Schmiedeberg und Dirk Preis, Mitglied im



Ehrungen im Bierkulturhotel

geschäftsführenden Landesvorstand und stellvertretender Vorsitzender des Hauptpersonalrats, einen Blick zurück auf vergangene Herausforderungen warfen und in die Zukunft blickten. Die Anwesenden nutzten die Gelegenheit, um ihre kleinen und großen Anliegen vorzubringen – und das alles in gewohnt harmonischer Atmosphäre. Hansjürgen Schmiedeberg, ein echtes Urgestein der DPoIG, ehrte zusammen mit Dirk Preis langjährige Mitglieder für ihre Treue.

Aktueller Vorstand:

Kreisvorsitzender	Hansjürgen Schmiedeberg
Kreisschatzmeister	Rainer Hudelmaier
Kassenprüfer	Peter Frielitz, Markus Haslinger
Seniorenbeauftragter	Anton Gulde
Kreistarifbeauftragte	Viola Betz
Beisitzer	Otmar Ruff, Josef Renz

Kreisverband Ravensburg

- Tatort:** RIVA Bar&Essen, Ravensburg
Tatzeit: 21. November 2024
Anlass: Jahreshauptversammlung des Kreisverbands Ravensburg
Eingesetzte Kräfte: Marcus Haider (Kreisvorsitzender), Dirk Preis (Mitglied im geschäftsführenden Landesvorstand), Uwe Grandel (Bezirksvorsitzender Pforzheim und Mitglied im Landesvorstand), Uwe Stürmer (Polizeipräsident und Mitglied), Brigitte Nietschke (Kreisschatzmeisterin), Helena Jung (Kassenprüferin) und Daniela Baier (Kreisgeschäftsführerin)
Maßnahmen: Geschäftsbericht, Kassenbericht, Bericht der Kassenprüfer, Entlastung, Ehrungen, ergänzende Wahlen, aktuelle berufspolitische Entwicklungen und Grußworte – alles in akribischer Detailarbeit und harmonischer Stimmung
Verpflegung: Linsen mit Spätzle und Saiten – kulinarisch tadellos
Verkehr-/Wetterlage: Dichtes Schneetreiben sorgte für erschwerte Reisebedingungen und erhöhtes Unfallaufkommen, aber die Teilnehmer kamen dennoch zahlreich.
Einsatzraum: Der Saal war restlos gefüllt, selbst Stehplätze wurden knapp.
Nachbereitung: „Lobpreis“ und Dank den zahlreichen Teilnehmer/innen und Aktiven vor Ort für eine gelungene Versammlung, die Berufspolitik und schwäbische Gemütlichkeit meisterhaft vereinte – trotz „Winterchaos“.

Kreisvorsitzender	Marcus Haider
stellv. KV-Vorsitzender	Michael Putze
Kreisgeschäftsführerin	Daniela Baier
Kreisschatzmeisterin	Brigitte Schele
Kassenprüfer*innen	Helena Jung, Simon Göppert
Vertreter JUNGE POLIZEI	Florian Kibler
Seniorenbeauftragter	Gerhard Hueber
Kreisfrauenbeauftragte	Andrea Janda
Kreistarifbeauftragte	Sabine Schmid
stellv. Kreistarifbeauftragter NEU	Matthias Heckmann



Ehrungen in der Eventbar

Kreisverband PP Einsatz Göppingen

Am 27. November 2024 kamen zahlreiche Mitglieder zur Jahreshauptversammlung mit anschließendem Herbstfest in Göppingen zusammen – ein Abend, der Berufspolitik und musikalischen Genuss perfekt verband. Der stellvertretende Landesvorsitzende Oliver Auras und Dirk Preis, Mitglied im geschäftsführenden Landesvorstand, reisten an, um die Versammlung aktiv zu unterstützen und über aktuelle Herausforderungen zu informieren. Gemeinsam mit dem Kreisvorsitzenden Jürgen Engel übernahm der DPoIG-Landesvorsitzende Ralf Kusterer die Ehrungen verdienter Mitglieder. Nach den formalen Programmpunkten ließ er sich – wie viele andere – das musikalische Highlight des Abends nicht entgehen: die Band „half-step-down“, die für einen stimmungsvollen Ausklang sorgte.



Ehrungen im Kreisverband

Kreisvorsitzender	Jürgen Engel
stellv. KV-Vorsitzender	Rainer Staib, Steffen Zellmer
Kreisgeschäftsführerin	Andrea Fröstl
stellv. Kreisgeschäftsführerin	Doris Döbler-Schmid

Kreisschatzmeisterin	Nina Stoll
Kassenprüfer	Jürgen Ringhofer, Günther Vater
Schriftführer	Daniel Popa
Vertreter JUNGE POLIZEI	Daniel Traub
stellv. Vertreterin JUNGE POLIZEI	Annika Goll
stellv. Vertreter JUNGE POLIZEI	Paul Meinzer
Kreistarifbeauftragte	Andrea Fröstl
stellv. Kreistarifbeauftragte	Gabriele Troschke-Fontana, Doris Döbler-Schmid, Petra Nonnenbruch
Kreisfrauenbeauftragte	Gabriele Troschke-Fontana
Kreissenorenbeauftragter	Michael Brodbeck
stellv. Kreissenorenbeauftragter (T)	Rolf Weiss
stellv. Kreissenorenbeauftragter	Günther Vater
stellv. Kreissenorenbeauftragte (T)	Barbara Knüttel
Beisitzer WSPDir	Martin Schmeckenbächer
Beisitzerin Verwaltung	Silvia Dangelmaier
Beisitzer DirSE	Peter Fischer, Daniel Rudel
Beisitzer BPDir	Robin Fähnrich
Beisitzer FEST	Holger Schmid, Lothar Prinzing
Beisitzer PHSt	Uwe Polzin
Beisitzer	Thomas Junker

Kreisverband Freudenstadt



Der Kreisverband Freudenstadt lud am 28. November 2024 zur Jahreshauptversammlung ins Gasthaus Waldgericht in Aach – und die Veranstaltung wurde ein voller Erfolg. In Vertretung der Vorsitzenden Cornelia Nitsch leitete Uwe Hommer souverän durch den Abend. Mit besonderer Freude begrüßte er Polizeivizepräsident Mathias Böle, der mit seiner Anwesenheit erneut sein Interesse an der Polizeibasis und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unterstrich. Unter den weiteren Gästen waren der Bezirksvorsitzende Uwe Grandel, Dirk Preis aus dem geschäftsführenden Landesvorstand, Landesgeschäftsführerin Sarah Leinert sowie der Landesvorsitzende Ralf Kusterer, begleitet von Mandatsträgern aus den benachbarten Kreisverbänden. Ohne Neu-

wahlen lag der Fokus auf Berichten, Ehrungen und einem Ausblick, wobei sich die Gespräche um den Landshaushalt, die lange Agenda, aktuelle Herausforderungen und die beeindruckenden Erfolge der DPoIG in den vergangenen Jahren drehten. Eine rundum gelungene Versammlung, die professionell organisiert und in bester Atmosphäre stattfand.

IMPRESSUM

Redaktion: Jörg Kluge
(V. i. S. d. P.)
Telefon +49.172.1397377
E-Mail:
Joerg.Kluge@dpolg-bw.de

Landesgeschäftsstelle:
Kernerstraße 5, 70182 Stuttgart
Tel.: 0711.9979474-0
Fax: 0711.9979474-20
E-Mail: info@dpolg-bw.de
Internet: www.dpolg-bw.de
ISSN 0723-1830

wahlen lag der Fokus auf Berichten, Ehrungen und einem Ausblick, wobei sich die Gespräche um den Landshaushalt, die lange Agenda, aktuelle Herausforderungen und die beeindruckenden Erfolge der DPoIG in den vergangenen Jahren drehten. Eine rundum gelungene Versammlung, die professionell organisiert und in bester Atmosphäre stattfand.

Kreisvorsitzende	Cornelia Nitsch
stellv. KV-Vorsitzender	Uwe Hommer
Kreisgeschäftsführer und Kreisschatzmeister	Benjamin Arnold
Kassenprüfer	Peter Nitsch
Kassenprüferin	Tanja Armbruster
Vertreterin JUNGE POLIZEI und Kreisfrauenbeauftragte	Kim Winkler (geb.) Fischer
Beisitzer	Markus Schlotz, Fabian Fischer, Nicolas Kübler, Yasin Kandemir